



Environmental Peacebuilding

Herausforderungen und Chancen für den Zivilen Friedensdienst

Konflikte um Land und Ressourcen sind regelmäßig Ursache gewaltsamer Auseinandersetzungen – die Auswirkungen von Klimawandel und Umweltzerstörung erhöhen das Risiko gewaltsamer Konflikte und politischer Instabilität, insbesondere in fragilen Kontexten. Zunehmende Konkurrenz um knapper werdende Ressourcen verschärft bereits bestehende Auseinandersetzungen und trägt zu einer gewaltsamen Konfliktaustragung bei. Allerdings ist der Klimawandel nicht alleinige Ursache oder Auslöser für gewaltsame Konflikte, er steht vielmehr in Wechselwirkung mit anderen Konfliktfaktoren und erhöht das Risiko des Ausbruchs und die Häufigkeit von Konflikten. Er wirkt sich vor allem dort negativ verstärkend aus, wo bereits tiefgreifende Spannungen und andere Konfliktfaktoren das fragile gesellschaftliche Zusammenleben prägen, wie z.B. Gewalt in der Vergangenheit, ethnische Diskriminierung, Marginalisierung und ungleicher Zugang zu Ressourcen. Dort, wo Konflikte eng mit Klima und Umwelt verzahnt sind, sollte Friedensförderung und Klima-/Umweltschutz immer zusammengedacht und -bearbeitet werden.

Umweltprobleme als gemeinsame Herausforderungen

Environmental Peacebuilding (EnvPB) erkennt die Risiken, die Umweltzerstörung und Klimawandel bedeuten, begreift sie aber nicht ausschließlich als Bedrohungsfaktoren, sondern versteht Umweltfragen zugleich auch als Ansatzpunkte für Friedensförderung, sofern Umweltprobleme als gemeinsame Herausforderungen wahrgenommen werden. Diese können zu einer Zusammenarbeit zwischen den betroffenen sozialen Gruppen führen, wenn die Akteure erkennen, dass es gemeinsame Strategien zur Bewältigung von Umweltbelastungen braucht.

EnvPB zielt auf die Integration von Ressourcenmanagement und Umweltschutz in Prozesse der Konflikttransformation und unterstützt kooperative Praktiken, mit denen ökologische Herausforderungen auf eine nicht-konfrontative, nachhaltige Weise bewältigt werden können. Die erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen unterschiedlichen Gruppen kann dazu beitragen, Vertrauen und gegenseitiges Verständnis zu fördern. Dabei spielen formelle und informelle, traditionelle Institutionen eine wichtige Rolle, die ein gemeinsames Ressourcenmanagement sicherstellen und im Konfliktfall eine Vermittlerrolle einnehmen.

Zugleich kann dieser Ansatz nur dann erfolgreich sein, wenn die Wechselwirkung der Konfliktfaktoren und die soziale bzw. kulturelle Dimension der Umweltprobleme berücksichtigt werden und Machtungleichgewicht sowie sozioökonomisches Gefälle einem kooperativen Ansatz nicht entgegenstehen.

Hier stehen auch die Länder des globalen Nordens als die Hauptverursacher des Klimawandels in der Verantwortung, sich für Klima- und Ressourcengerechtigkeit einzusetzen, um einen Strukturwandel hin zu einer klimaneutralen, sozialen und inklusiven Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung (Just Transition; Sozialökologische Transformation) zu erreichen.

Beitrag und Wirkungen des Zivilen Friedensdiensts (ZFD) der GIZ

Der Beitrag des ZFD zum EnvPB liegt in der Unterstützung zivilgesellschaftlicher Akteure bei der Umsetzung gemeindenaher Ansätze der Konfliktbearbeitung. Die lokalen Partnerorganisationen des ZFD nutzen ihre jahrelange Expertise in der gewaltfreien Bearbeitung von land-, ressourcen-, und klimawandelbedingten Konflikten. Sie gestalten den Dialog zwischen Akteuren auf den verschiedenen Ebenen und stoßen gemeinsames Handeln für den nachhaltigen sozialökologischen Wandel an.

Herausgegeben von:

Lokale Expertise, global vernetzt

Dabei stärken sie lokale Resilienz- und Konfliktbearbeitungsstrategien. Diese sind traditionell geprägt oder unter hohem Anpassungsdruck neu entstanden und im jeweiligen sozialen und kulturellen Kontext verankert. Mit Unterstützung der internationalen Fachkräfte werden diese Ansätze in unterschiedlichen Kontexten und Ländern nutzbar gemacht sowie die Akteure untereinander vernetzt.

Gendergerechte Gestaltung

Frauen und marginalisierte Gruppen sind häufig stärker von Ressourcenkonflikten und Folgen der Klimakrise betroffen. Deswegen gestalten ZFD-Partner ihre Strategien so, dass spezifisches Wissen und Erfahrungen von Frauen und marginalisierten Gruppen im Environmental Peacebuilding zum Tragen kommen. Besonders zu beachten ist dabei, wie verschiedene gesellschaftliche Benachteiligungen zusammenhängen und -wirken. Ziel ist es, dadurch Genderrollen und -normen sowie rassistische Strukturen zu verändern.

Konfliktanalyse und Konfliktsensibilität

Der ZFD integriert Klimawandel-, Land- und Ressourcenfragen in seine Konfliktanalysen, antizipiert den Einfluss dieser Faktoren auf die Konflikt dynamiken und baut seine Projekte systematisch auf dieser Analyse auf. Unterschiedliche Interessen verschiedener Gruppen werden mit Blick auf bestehende gemeinsame Bedarfe analysiert. Partnerorganisationen werden in der konflikt sensiblen Gestaltung ihrer Maßnahmen gestärkt (Do No Harm) und führen Umweltschutz-, Adaptions- und Mitigationsmaßnahmen mit Blick auf mögliche Eskalationsrisiken durch. Dazu gehört auch konflikt sensible

Dialogförderung und Partizipation

Der ZFD steht für inklusiven Dialog und partizipative Methoden, die eine Voraussetzung für ein gemeinschaftliches Ressourcenmanagement darstellen. Machtasymmetrien verhindern häufig den Dialog zu Klimawandel, Umwelt und Ressourcen. Der ZFD versucht, die Akteure – in Multi-Stakeholder-Formaten – zur Entwicklung gemeinsamer Lösungen zusammenzubringen. Der ZFD verfolgt einen menschenrechtsbasierten Ansatz: Er kombiniert Empowerment und Mediation, stärkt Menschen bei der Wahrnehmung ihrer Rechte, sensibilisiert staatliche Stellen und Privatwirtschaft für ihre Pflichten und nimmt sie in die Verantwortung. Dabei hat der ZFD die unterstützende Rolle, den Blick jeweils auf die gemeinsamen Interessen zu lenken. Die Partnerorganisationen bauen Brücken zwischen Gemeinden, lokalen Behörden und Privatwirtschaft.

Bottom-up Advocacy

Der ZFD stärkt zivilgesellschaftliche Partner darin, die Interessen der Betroffenen von Ressourcen- und Klimawandel-bedingten Konflikten in gesellschaftliche Aushandlungsprozesse einzubringen. Hierbei werden marginalisierte Bevölkerungsgruppen befähigt, ihre Bedarfe gegenüber verantwortlichen Akteuren zu artikulieren und Einfluss zu nehmen auf kommunale, nationale und letztlich auch internationale Entscheidungsprozesse. Der ZFD unterstützt die Partnerorganisationen, sich mit Akteuren unterschiedlicher Ebenen zu vernetzen und Kommunikationskanäle zu nutzen. Er fördert die Kooperation der Partner mit Vorhaben anderer Akteure der Entwicklungszusammenarbeit zu Umwelt- und Klimaschutz sowie zu Ressourcengovernance.



Environmental Peacebuilding in Bolivien

Kontext

Menschen aus den ländlichen Gebieten des bolivianischen Tieflands sind in besonderem Maße von Ressourcenkonflikten betroffen, die durch den Klimawandel sowie Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel erzeugt oder verstärkt wurden. Hinzu kommt Umweltzerstörung durch eine nicht-nachhaltige Nutzung von Bodenschätzen. Vor allem das Entwicklungsmodell der bolivianischen Regierung, das auf die Ausbeutung natürlicher Ressourcen baut und dabei die Zivilbevölkerung nur unzureichend in Entscheidungsprozesse einbezieht, ist ein zentraler Konflikttreiber. In diesem Zusammenhang kommt es zu Konflikten, die sich nicht nur auf die Umwelt, sondern auch auf die Zivilbevölkerung und allen voran die benachteiligten Bevölkerungsgruppen auswirken.

Der tropische Trockenwald Chiquitano, der an den Amazonas-Regenwald grenzt, ist in besonderem Maße von Eingriffen in die natürlichen Ressourcen betroffen. Immer mehr Teile des Waldes werden durch Brand gerodet, um

neues Land nutzbar zu machen. Dieses wird vorwiegend für die industrielle Landwirtschaft, den Abbau von Bodenschätzen sowie für Infrastrukturmaßnahmen genutzt. Die Ausweitung von großflächiger Landwirtschaft, Ressourcenabbau und Urbanisierung erzeugt Konflikte, insbesondere rund um den Zugang zu Wasser und Land. Diese Entwicklungen belasten den Chiquitano Wald zunehmend, er büßt seine Rolle im Ökosystem immer weiter ein. Zusätzlich verschärft der Klimawandel das Risiko für großflächige Waldbrände. Zudem werden indigene Gruppen, die durch ihre meist ressourcenschonendere und nachhaltigere Lebensweise zum Erhalt der Urwälder beitragen, oft Opfer sogenannten 'Land-Grabblings'. Dabei nehmen wirtschaftlich oder politisch starke Akteure Territorien der Indigenen auf illegale bzw. illegitime Art und Weise in Besitz, indigene Gruppen werden de facto enteignet.



Abbildung 1 Waldbrand im Chiquitano Trockenwald

Herausgegeben von:

Die Arbeit des ZFD

Im Rahmen der Kooperation zwischen ZFD und der Universität Núr in Santa Cruz, die 2018 ins Leben gerufen wurde, konnte 2020 der postgraduale Studiengang „Transformation sozio-ökologischer Konflikte“ eingerichtet werden. Dieser setzt sich mit den Folgen von Umwelt- und Ressourcenkonflikte auseinander und untersucht Praktiken der Konfliktbearbeitung. Die Untersuchungen der Universität Núr haben deutlich gemacht, wie weit die ökologischen und gesellschaftlichen Folgen der Land- und Ressourcenkonflikte das friedliche Zusammenleben und die Entwicklung einer inklusiven Gesellschaft beeinträchtigen. Mit Hilfe des ZFD konnte ein Studiengang aufgebaut werden, der Akteure aus Forschung und Praxis zusammenbringt und Wissen und Kooperation vertieft. Dabei bringen ZFD und Teilnehmer*innen des Studienprogramms die Praxiserfahrung mit, die sie im Konfliktkontext oder vergleichbaren Situationen gesammelt haben, während die Universität Núr stärker die Forschungsseite abdeckt. Dadurch werden ökologische Konflikte nicht nur aus verschiedenen Blickwinkeln, sondern auch unter Berücksichtigung der Lebenswirklichkeit vor Ort in Bolivien betrachtet. Der gegenseitige Austausch trägt schließlich zu einer verbesserten zivilen Konfliktbearbeitung bei, die ihren Fokus auf die Förderung von Frieden, Gerechtigkeit sowie Klima- und Umweltschutz setzt.

Darüber hinaus ist dank der Kooperation zwischen dem ZFD und der Universität Núr die Initiative entstanden, Umwelt- und Ressourcenkonflikte am Institut für sozialwissenschaftliche Forschung (IICP) zu analysieren.



Abbildung 2 Gruppenbild an der Universität Núr

In der Folge fanden Foren zu sozio-ökologischen Herausforderungen statt, Fachpublikationen des IICP wurden unter Mitwirkung des ZFD und seiner Partnerorganisationen veröffentlicht, die u.a. den Einsatz der indigenen Bewohner des Chiquitano Waldes für den Erhalt dieses Ökosystems zeigen.

Des Weiteren ist der ZFD in Bolivien an weiteren Initiativen beteiligt, die sich auf konflikt-sensiblen Journalismus, Dialogförderung, inklusive Konfliktbearbeitung und Aufklärungsarbeit im Themenbereich von Klimawandel und Ressourcenkonflikten konzentrieren: Das Projekt 'Radio Viajerá, das durch den ZFD begleitet wird, berichtet über lokale Spannungen auf konflikt-sensible Weise, liefert kritisch konstruktive Diskussionsbeiträge und trägt so zu Gewaltprävention bei.

Zudem hat sich die ZFD-Dialogschule als Lerngemeinschaft und Austauschplattform etabliert. Hier vermittelt der ZFD Methodenwissen und praktische Fähigkeiten, die für die Bearbeitung von Ressourcenkonflikten und die Suche nach friedlichen Lösungen für die Handhabung der Auswirkungen des Klimawandels in der Region eingesetzt werden. In diesem Zuge begleitet der ZFD die Erarbeitung einer neuen Gemeindeverfassung, die die Austausch- und Entscheidungsprozesse über Ressourcenkonflikte inklusiver machen soll. Zudem unterstützt der ZFD die Fundación para la Conservación del Bosque Chiquitano (FCBC) in ihren Bemühungen, das Ökosystem der Chiquitanía Region zu bewahren und über ein nachhaltiges Ressourcenmanagement aufzuklären. Insbesondere die Verhinderung weiterer Waldrodung soll einen Beitrag dazu leisten, den Klimawandel nicht weiter voranzutreiben und das Ökosystem des Chiquitano Waldes weiterhin als Kohlenstoffspeicher nutzen zu können.



Abbildung 3 Austausch zum Ressourcenmanagement

Environmental Peacebuilding

ZFD Honduras

Kontext

Trotz jahrzehntelanger Bemühungen weist Honduras nach wie vor die niedrigsten Werte aller lateinamerikanischen Länder hinsichtlich seines Entwicklungsstands auf. Gleichzeitig hat sich an der hohen Kriminalitätsrate und den anhaltenden Menschenrechtsverletzungen in allen Gesellschaftsschichten wenig geändert. Ein besorgniserregender Bereich ist der mangelnde oder unzureichend geschützte Umgang mit den natürlichen Ressourcen. Raubbau, illegale Ressourcennutzung, Landraub und gewaltsame Vertreibungen sind Folgen von Land- und Ressourcenkonflikten. Die meisten dieser Fälle sind auf Eigentumsstreitigkeiten, Machtkämpfe und umweltpolitische Interessen zurückzuführen.

Die Landverteilung in Honduras ist geprägt von einer Konzentration des Landbesitzes in den Händen weniger, wobei das Land ausschließlich für Monokulturen genutzt wird. Diese Situation führt zu einer Verschärfung der Ungleichheiten im ländlichen Raum. Eine Folge dieser Dynamik ist die zunehmende Verarmung der Landbevölkerung, ihre Vertreibung und Abwanderung. Die spürbare Klimakrise trägt dazu bei, die Spannungen hinsichtlich des Zugangs zu Land und sauberem Wasser zu verschärfen. Die Notwendigkeit der Menschen nach Selbstversorgung verschärft die Übernutzung der zunehmend knappen Ressourcen, was wiederum zu Konflikten und Vertreibung führt.

Konflikte entstehen immer wieder aufgrund inkompetenter Wasserbewirtschaftung, der Abholzung von gemeinschaftlichem Waldbestand, schlechte landwirtschaftliche Praktiken, illegalem Waldbrand, Müll und Umweltverschmutzung. Dieses mangelhafte Ressourcenmanagement hat negative Auswirkungen und trägt zu Konflikten zwischen Einzelpersonen, Familien, Nachbarn, Gemeinden und Kommunen bei.

Bergbau- und Energieprojekte schüren auch häufig Konflikte, da sie die Lebensgrundlagen der Menschen direkt bedrohen. Die Bevölkerung ist auf Fluss – und Grundwasser zur Deckung ihres Grundbedarfs angewiesen, doch die Wasserversorgung ist oft nicht das ganze Jahr über gesichert. Der Ausbau von Wasserkraftwerken, die Privatisierung von Wasser und der steigende industrielle Bedarf beeinträchtigen die Wasserressourcen erheblich, was auch zu Verschmutzung und Überschwemmungsgefahr führt. Obwohl der Tagebau in Honduras seit 2024 verboten ist, gibt es noch viele Unklarheiten über den Abbauprozess, und die Vergabe von Konzessionen erfolgt nicht transparent.



Abbildung 1 Las Chimineas, Mais Figur - ein Brauch aus Santa Barbara zum Thema Ernährung

Herausgegeben von:

Staatliche und zivilgesellschaftliche Institutionen, die für das Management der sozio-ökologischen Ressourcen verantwortlich sind, erhalten unzureichende Unterstützung. Es gibt Defizite bei der Umsetzung von Schutzgesetzen, sowie bei der Fähigkeit der Akteure, Dialogräume zu schaffen, und es mangelt an Vertrauen in Konfliktbearbeitungsprozesse.

Das internationale Übereinkommen über indigene und in Stämmen lebende Völker (ILO-Konvention § 169) bietet indigenen und afro-indigenen Gemeinschaften Schutz, indem es vorschreibt, dass sie vor der Durchführung von Projekten, Bauvorhaben, Landnutzungsänderungen oder Maßnahmen jeglicher Art konsultiert werden müssen. Obwohl Honduras dieses internationale Abkommen ratifiziert hat, besteht weiterhin ein Mangel an klaren Regelungen zur Umsetzung dessen.

Die Arbeit des ZFD

Der Zivile Friedensdienst der GIZ in Honduras widmet sich der Stärkung der Menschenrechte und der gewaltfreien Konflikttransformation, insbesondere bei sozio-ökologischen Konflikten. Er fördert einen Begegnungsraum zwischen wichtigen Akteuren der Zivilgesellschaft und des öffentlichen und privaten Sektors durch gemeinsames Lernen und Einüben von Dialogtechniken. Auf diese Weise fördert das Programm Kapazitäten zur konstruktiven Konfliktbearbeitung und trägt zur Prävention von Polarisierung und Gewalt bei. Es arbeitet auch mit Medienvertretern zusammen, um eine konfliktsensible Berichterstattung zu fördern. Da vor allem Mädchen und Frauen von Ungleichheiten und sozio-ökologischen Herausforderungen betroffen sind, konzentriert sich der ZFD auf diese vulnerable Gruppe, um ihre Rechte und Bedürfnisse beim Zugang zu natürlichen Ressourcen zu unterstützen. Dies bedeutet, dass die Betroffenen konsultiert werden müssen, bevor Maßnahmen, Bauvorhaben, Landnutzungsänderungen oder Projekte jeglicher Art durchgeführt werden.



Abbildung 2 Forum und Infostand der NGO CASM in San Nicolas im Rahmen der Kampagne „Keine Gewalt gegen Frauen“

Darüber hinaus setzt sich der ZFD für die Rechte der indigenen und afrikanisch-stämmigen Bevölkerung ein, die ihnen nach internationalem Recht zustehen, insbesondere im Zusammenhang mit Landbesitz und Großprojekten.

Dialogförderung

Angesichts der verschiedenen sozio-ökologischen Herausforderungen des Landes konzentriert der ZFD seine Bemühungen darauf, das Verständnis und die Fähigkeiten im Umgang mit sensiblen Themen im Zusammenhang mit dem Management natürlicher Ressourcen zu verbessern.

Neben der Förderung des nationalen Dialogs durch den Aufbau und die Stärkung einer nationalen Dialogschule wurde eine Zusammenarbeit auf regionaler Ebene in Santa Barbara und Lempira in Kooperation mit lokalen Nichtregierungsorganisationen aufgebaut, um Ansätze zur Förderung einer lokalen Dialogkultur unter Beteiligung des Staates, der Zivilgesellschaft und anderer Akteure zu koordinieren und umzusetzen. Diese Aktivitäten tragen dazu bei, lokale Ressourcenkonflikte gewaltfrei zu lösen und die Führung in den Gemeinden zu belassen.

Die ZFD-Strategie zielt darauf ab, die individuellen und institutionellen Kompetenzen und Einstellungen der Partnerorganisationen im Bereich der Konflikttransformation und der Moderation von Dialogprozessen zu stärken. Dies beinhaltet partizipative Konfliktanalysen in die Planungsprozesse der Partnerorganisationen zu integrieren und ihre Aktivitäten konfliktsensibel auszurichten. Durch das Zusammenwirken der ZFD-Aktivitäten auf nationaler und regionaler Ebene, unter Einbindung der Partnerorganisationen, wird die Anwendung des Dialogs zur Förderung des Friedens in sozio-ökologischen Konfliktsituationen weiter gestärkt.



Abbildung 3 Do-no-harm Workshop mit der NGO CASM in Santa Barbara

Environmental Peacebuilding Niger

Kontext

Der Großteil der Menschen im Niger ist auf Einkommen aus Landwirtschaft und mobiler Viehhaltung angewiesen. Schon heute verschärft der Klimawandel die wirtschaftliche Lage und verschlechtert die Lebenssituation dieser Menschen. Die Regenzeiten variieren und die Wasserquellen versiegen schneller als noch vor einigen Jahren. Dürren, ausgelaugte Böden und die weitere Ausdehnung der Wüste stellen große Herausforderungen für die Menschen dar. Auswirkungen des Klimawandels multiplizieren die Risiken für Landwirt*innen und mobile Viehalter*innen, führen zu Ernte- und Ertragsausfällen und verschärfen die Konkurrenz um nutzbares Land und natürliche Ressourcen. Zugleich überfordern diese Auswirkungen die fragilen sozialen und wirtschaftlichen Systeme, die die Nutzung natürlicher Ressourcen regeln sollen. Traditionelle Instrumente der Konfliktbearbeitung greifen immer weniger – nicht zuletzt in einem von Gewalt und politischer Instabilität geprägten Kontext.

Der zunehmend schwierige Zugang zu Wasserquellen und Agrar- bzw. Weideflächen stärkt auch in der Region Dosso im Süden Nigers das Gefühl vieler Menschen, die eigene Existenzgrundlage sei durch die jeweils andere Nutzergruppe gefährdet. Zugleich findet angesichts zunehmender Spannungen unter den

Nutzer*innengruppen eine Ethnisierung des Konflikts statt, die jeweiligen Nutzer*innengruppen werden mit einer ethnischen Gruppe – Peulh bzw. Djerma – assoziiert und diese als Gegnerin wahrgenommen.

Ein rasches Bevölkerungswachstum, fehlende Ansätze einer nachhaltigen Bewirtschaftung der Böden, die Missachtung von Landrechten und die fehlende staatliche Unterstützung feuern die Konflikte zusätzlich zur Sorge vor extremen Wetterereignissen an.

Mit dem Wettbewerb um natürliche Ressourcen wächst auch die Sorge vor Gewalt. Seit einiger Zeit kommt es verstärkt zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen sesshaften Landwirt*innen und mobilen Viehalter*innen in der Region Dosso. Die Situation für Viehalter*innen wird erschwert durch die Ausweitung landwirtschaftlicher Flächen auf pastorale Gebiete. Die Weideflächen und damit die Futterquellen für die Tiere zergliedern immer mehr und häufig ist der Zugang zu Wasserquellen blockiert. Die Landwirt*innen dagegen stehen vor der Herausforderung, auf zunehmend ausgelaugten und ausgetrockneten Böden wirtschaften zu müssen und beklagen Ernteausfälle wegen der durchziehenden Viehherden.



Abbildung 1 Nomadische Viehhaltende

Herausgegeben von:

Die Arbeit des ZFD - Lösungen im Dialog finden

In dieser Gemengelage sucht ein ZFD-Projekt gemeinsam mit allen Beteiligten Wege für ein friedliches Zusammenleben und nachhaltiges Wirtschaften. Der ZFD unterstützt die Partner in der Region Dosso – namentlich Vertreter*innen von Pastoralist*innen und Landwirt*innen – dabei, bestehende Konflikte, die durch den Klimawandel weiter verschärft werden, kooperativ im Dialog zu lösen.

Dazu ist es notwendig, zunächst ein Bewusstsein für die legitimen Interessen aller Beteiligten zu schaffen und so die Bereitschaft zum Dialog zu fördern. Auf der Basis partizipativ erstellter Konfliktsanalysen führen die beteiligten Akteure die Auseinandersetzung über ihre jeweiligen Interessen und Bedarfe. Dabei machen sie auch ihre Möglichkeiten und ihre Grenzen deutlich. Im Verständnis, dass die Bedarfe anderer Akteure nicht gegen sie gerichtet sind, entwickeln die Beteiligten tragfähige Ideen für ein konstruktives



Abbildung 2 Dosso Dialog Forum I

Zusammenleben und -wirtschaften in der Region und diskutieren mögliche Mechanismen und Strukturen, die dies ermöglichen. In einem weiteren Schritt werden mit den Partnerorganisationen vor Ort Kompromisse für Interessenkonflikte gesucht, kooperative Lösungen und Nutzungskonzepte entwickelt, die den Wasserzugang für alle sicherstellen und nachhaltige Anbaumethoden ermöglichen. So werden neben den ökologischen und technischen Aspekten auch die kulturellen und sozio-ökologischen Zusammenhänge berücksichtigt.

Im Zentrum der Auseinandersetzung steht dabei der notwendige Zugang zu Wasser für die unterschiedlichen Nutzer*innengruppen. Als Ergebnis dieses Dialogprozesses haben sich die beteiligten Akteure auf den Bau eines Brunnens an einer für alle zugänglichen Stelle geeinigt und Regeln für die Nutzung und den Unterhalt verbindlich vereinbart. Der Bau des Brunnens konnte dank der Kooperation mit einem Entwicklungsvorhaben finanziert werden.



Abbildung 3 Dosso Dialog Forum II

Publiziert von:
Deutsche Gesellschaft für
Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
Registered offices:
Bonn and Eschborn, Germany
Friedrich-Ebert-Allee 32
53113 Bonn, Germany
E info@giz.de
I www.giz.de

Projekttitle:
GIZ Ziviler Friedensdienst

Verantwortlich:
Suzanne Gentges
Michael Eberlein

Layout:
Judith Wassmann, Bonn

Fotorechte:
ZFD, GIZ

Im Auftrag von:
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und
Entwicklung (BMZ)
Abteilung 503: Frieden und Sicherheit,
Katastrophenrisikomanagement

Ort und Datum der Publikation:
Bonn, 2024

Im Auftrag des



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung